

Text

1 5.1 Kein Platz für Menschenfeindlichkeit

2 Wir Grüne stehen zum Antifaschismus und stellen uns gegen jede
3 Menschenfeindlichkeit. Gerade in Zeiten, in denen es einen starken Anstieg an
4 Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, an Rechtspopulismus und
5 Europafeindlichkeit in unserer Gesellschaft gibt, werden wir weiter entschieden
6 und mit klaren Inhalten, Programmen und Maßnahmen dagegenhalten.

7 Projekte:

8 Infopolitik über Demonstrationen fortführen

9 Die bisherige Praxis der Information über menschenfeindliche und ultrarechte
10 Kundgebungen werden wir aktiv weiterführen. Es sollen weiterhin alle
11 öffentlichen Versammlungen veröffentlicht werden, um auch der Zivilgesellschaft
12 Gegenproteste zu ermöglichen.

13 Fachstelle für Demokratie

14 Die vorhandene Stabsstelle zur Erinnerungs- und Gedenkkultur und die
15 Koordinierungs- und Fachstelle des Programms „Demokratie leben“ werden wir mit
16 weiteren zuständigen Stellen zu einer Fachstelle für Demokratie ausbauen.
17 Vorbild ist die Stadt München, die in ihrer Fachstelle Verwaltungshandeln, die
18 Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements und die wissenschaftliche
19 Begleitung des Themas bündelt.

20 Ausbau der Partnerschaft für Demokratie

21 Die bestehende Zusammenarbeit mit dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ wollen
22 wir ausbauen und intensivieren. Unser Ziel ist, dass noch mehr Regensburger
23 Initiativen Mittel aus dem Bundesprogramm beantragen und im Laufe der kommenden
24 Legislaturperiode viele neue Initiativen durch Fördermittel des Programms ins
25 Leben gerufen werden können.

26 5.2 Politische Bildung und Jugendarbeit

27 Damit junge Menschen ihr Wahlrecht informiert ausüben können, wollen wir sie
28 umfassend vorbereiten. Demokratie erhält sich nicht von selbst. Wir müssen sie
29 täglich verteidigen, erhalten und stetig erneuern und das fängt unter anderem an
30 den Schulen an. Wir wollen, dass die Kinder dort lernen, wie Demokratie
31 funktioniert, verstehen, was sie ausmacht, und erfahren, wie sie sich anfühlt.
32 Vor allem in Stadtteilen mit geringer Wahlbeteiligung muss die politische
33 Bildung gestärkt werden. Wir wollen nicht nur mündige Wähler*innen, sondern
34 aktive Mitglieder unserer Gesellschaft fördern.

35 Dies soll unter anderem mit einer Stärkung des Stadtjugendrings durch mehr
36 Gelder sowie durch den Ausbau von Jugendzentren erfolgen. Grundsätzlich braucht

37 es in allen Stadtteilen Räume und Treffpunkte für Kinder und Jugendliche. Wir
38 möchten an die antirassistische und gendersensible Jugendarbeit in städtischen
39 Einrichtungen anknüpfen und bestehende Ansätze und Projekte weiter fördern. In
40 Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle und weiteren geeigneten
41 Stellen der Stadt wollen wir hieraus ein weitergehendes Konzept entwickeln.

42 Als wichtigen Fokus für die Jugendarbeit erachten wir die Aufklärung über
43 psychische Erkrankungen. Immer mehr junge Menschen leiden unter Depressionen
44 oder Burnout. Psychische Erkrankungen dürfen nicht länger mit Stigmata belastet
45 sein, wenn wir wollen, dass Menschen sich Hilfe suchen. Im Rahmen der
46 außerschulischen Jugendarbeit wollen wir daher in der kommenden
47 Legislaturperiode hier einen besonderen Schwerpunkt setzen. Weitere mit Stigmata
48 behaftete Krankheiten wie beispielsweise AIDS gilt es ebenfalls zu thematisieren
49 und durch Aufklärung mit Vorurteilen aufzuräumen.

50 Projekte:

51 Angebote des Rathauses für die Schulen ausbauen

52 Die bisher bestehenden Kooperationen der Stadt mit den Schulen, die Besuche der
53 dritten und vierten Klassen im Rathaus vorsehen, werden wir ausbauen. Wir wollen
54 den Schulen zudem als Stadt ein Planspiel zur Kommunalpolitik anbieten, das 14-
55 bis 16-jährigen Schüler*innen die Kommunalpolitik näher bringen soll.

56 Jugendbeirat stärken

57 Wir werden den Jugendbeirat unterstützen und stärken. Bisher handelt es sich
58 lediglich um ein beratendes Gremium. Wir wollen ihn mit mehr
59 Mitbestimmungsrechten ausstatten. Beschlüsse des Jugendbeirates sollten
60 obligatorisch vom Stadtrat behandelt werden müssen und Mitglieder des Beirats
61 sollen dazu Rederecht in den Sitzungen erhalten.

62 Jugendzentren ausbauen

63 In allen Stadtteilen muss es genügend Jugendzentren geben. Aufgrund der
64 Erschließung neuer Wohngebiete und des Zuzugs nach Regensburg werden zusätzliche
65 benötigt. Auf Basis einer entsprechenden Bedarfsprüfung werden wir die
66 Anlaufpunkte für junge Menschen im Stadtgebiet weiter ausbauen.

67 5.3 Beteiligung

68 Wir Grünen wollen mehr Beteiligung bei großen Projekten! In einer Stadt wie
69 Regensburg muss die Bürger*innenbeteiligung ausgebaut und weiterentwickelt
70 werden. In Zukunft soll es mehr Möglichkeiten geben, sich zu beteiligen. Auch
71 digitale Tools wollen wir dafür nutzen. Bezüglich der kontroversen Diskussion in
72 der Stadtgesellschaft zum Bau eines Regensburger Kongress- und Kulturzentrums
73 wollen wir anstatt einer weiteren Standortdiskussion eine aktive
74 Bürger*innenbeteiligung fortführen. Nach dem erfolgreichen Bürger*innenbegehren
75 werden wir uns gegen weitere Planungen für ein RKK auf dem Keplerareal
76 einsetzen. Das Keplerareal bietet vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten, an
77 deren Ausarbeitung alle Bürger*innen beteiligt werden müssen.

78 Eine aktive Beteiligung kann und muss auch durch mehr Präsenz von
79 Kommunalpolitiker*innen in allen Stadtteilen erreicht werden – und das nicht nur
80 im Wahlkampf. Sie sollten regelmäßig präsent sein, um so die Anliegen der
81 Bürger*innen direkt vor Ort mitzubekommen und die Stadtteile mit ihren Anliegen
82 und Ideen im Stadtrat zu vertreten.

83 Projekte:

84 Amt für Beteiligung

85 Bisherige Zuständigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung zum Thema
86 Bürger*innenbeteiligung wollen wir durch ein Amt für Beteiligung bündeln. Nach
87 dem Vorbild der Stadt Barcelona sollten sämtliche Beteiligungsverfahren, online
88 wie offline, von Expert*innen in diesem Amt in die Hand genommen werden.

89 Bürger*innenhaushalt

90 Neben einer aktiven Beteiligung werden wir auch die Möglichkeit schaffen, dass
91 Bürger*innen sich zusammentun und eigene Projekte umsetzen. Dazu wollen wir
92 einen eigenen Posten im Stadtrat als Bürger*innenhaushalt schaffen. In einem
93 basisdemokratischen Beteiligungsprozess können engagierte Bürger*innen selbst
94 darüber bestimmen, in welche Projekte die Gelder dieses Etats fließen sollen.

95 Stadtbezirke in den demokratischen Prozess einbinden

96 Wir wollen, dass alle Stadtteile in der Stadtpolitik Gehör finden. Auch
97 spezifische Probleme innerhalb einzelner Stadtteile sollen im demokratischen
98 Prozess kanalisiert werden. Dazu wollen wir die Einführung von
99 Bezirksausschüssen, die die Bayerische Gemeindeordnung für Großstädte über
100 100.000 Einwohner*innen erlaubt, erproben. In einem ersten Schritt sollen sie
101 nach dem Ingolstädter Modell mit beratender Funktion an städtischen
102 Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Sofern sich die Bezirksausschüsse in
103 der politischen Praxis bewähren, wollen wir überprüfen, ihnen nach Münchner
104 Vorbild auch Entscheidungskompetenzen zukommen zu lassen.

105 Migrationsbeirat stärken

106 Migrant*innen dürfen nicht länger bei Wahlen übersehen werden und brauchen ein
107 politisches Sprachrohr. Der Migrationsbeirat war hierfür ein erster wichtiger
108 Schritt, jedoch muss dieser Weg konsequent weiter gegangen werden und dafür der
109 Migrationsbeirat mit mehr Kompetenzen und Mitbestimmungsrechten ausgestattet
110 werden.

111 5.4 Verwaltung transparent und digital

112 Digitalisierung ist die Zukunft und hat bereits begonnen. Wir gehen die
113 Digitalisierung als zentrale Querschnittsaufgabe an. Mit einer digitalen
114 Verwaltung, mit Online-Informationsbereichen (Open Data) und bürger*innen- und
115 unternehmensfreundlicher, transparenter digitaler Kommunikation mit Behörden
116 werden wir die Standards für eine moderne Verwaltung und den Abbau von
117 Bürokratie setzen.

118 Aus Transparenz- und Verantwortlichkeitsgründen sollen die Anzahl und auch die
119 Kompetenz beschließender Ausschüsse in Unternehmen und Körperschaften mit
120 städtischer Beteiligung reduziert werden. Nicht notwendige Gremien wie der

121 Kreditausschuss der Sparkasse sollen abgeschafft werden. Sie sind intransparent
122 und reduzieren den Einfluss der öffentlichen Hand – die die Bürger*innen der
123 Stadt Regensburg vertritt – auf Entscheidungen.

124 Projekte:

125 Behördengänge auch online ermöglichen

126 Wo das technisch möglich und sinnvoll ist, werden wir die Abwicklung von
127 Verwaltungsvorgängen auf barrierefreie Weise online ermöglichen. In den Fällen,
128 in denen kein persönliches Vorsprechen in der Behörde notwendig ist, spart das
129 sowohl Bürger*innen, als auch der Verwaltung Zeit. Neue Behördenvorgänge sollen
130 grundsätzlich nach dem Prinzip „digital by default“ erarbeitet werden. Dabei
131 wird die digitale Abwicklung der Standard sein – natürlich wird der persönliche
132 Kontakt oder das Vorsprechen in Behörden dennoch möglich sein. Bei der
133 Einrichtung dieser Dienste haben Datenschutz und Datensicherheit oberste
134 Priorität. Hardware, Software und Verarbeitungsprozesse müssen "state of the
135 art" sein, das heißt, höchsten aktuellen Standards entsprechen. Dieser Aspekt
136 muss bei der Auswahl der verwendeten Hardware und Software und eines
137 Dienstleisters, der diese Services für die Verwaltung einrichtet,
138 ausschlaggebend sein.

139 Einführung von Online-Terminen für Behördengänge

140 In Zukunft soll es möglich sein, Termine beim Bürgerbüro und anderen
141 Verwaltungsstellen online zu vereinbaren. So können Wartezeiten drastisch
142 verkürzt werden und die Verwaltung kann den Einsatz ihres Personals besser
143 planen.

144 Open Data

145 Wir setzen auf das "Open Data"-Paradigma für eine Verwaltung der Zukunft. Dabei
146 werden möglichst alle anfallenden Daten zunächst datenschutzrechtlich
147 aufgearbeitet und dann öffentlich bereitgestellt. Das schafft Transparenz und
148 ermöglicht Partizipation. Neben den Bürger*innen können Wirtschaft und
149 Wissenschaft die Daten zur Forschung und Produktentwicklung nutzen. Innerhalb
150 der Behörden selbst werden Kosten gespart, da durch Open-Data-Portale die
151 Erhebung gleicher oder ähnlicher Datensätze vermieden wird. Die Bereitstellung
152 der Daten soll auch alle städtischen Töchter betreffen.

153 5.5 Datenschutz und Videoüberwachung

154 Der Schutz persönlicher Daten der Bürger*innen ist für uns Grüne ein wichtiges
155 Thema. In Zeiten, in denen Daten als das neue Gold gehandelt werden, muss
156 Datenschutz auch konsequent umgesetzt werden. Die neue EU-
157 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) setzt hierfür eigentlich gute Maßstäbe –
158 jedoch wurden Informations- und Beratungsangebote dazu in Bayern vernachlässigt.

159 Projekte:

160 Reduzierung der bestehenden Videoüberwachung

- 161 Wir fordern eine Überprüfung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum.
162 Bestehende Überwachung wird auf den bisherigen Nutzen hin überprüft und auf ein
163 Minimum reduziert. Neue Überwachung wird nur in begründeten Ausnahmefällen
164 zugelassen. Automatisierte Gesichtserkennung und andere intelligente
165 Videoüberwachungssysteme lehnen wir grundsätzlich ab.